

Prof. Michel Chossudovsky vertritt die Meinung, dass Parlamentarier, die den Angriffskrieg gegen Syrien gebilligt haben, zu Komplizen von Kriegsverbrechern wurden.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 230/15 – 21.12.15

Die Kriminalisierung der parlamentarischen Demokratie

Von Prof. Michel Chossudovsky
Global Research, 11.12.15

(<http://www.globalresearch.ca/the-criminalization-of-parliamentary-democracy/5495210>)

Im Rahmen einer "Kampagne zur Bekämpfung des Terrorismus" wird Syrien in die Steinzeit zurückgebombt; angeblich richteten sich die Angriffe gegen den Islamischen Staat, einen schwer fassbaren "äußeren Feind", der sich in Raqqa in Nordsyrien verschanzt haben soll.

Dieser IS / ISIL/ ISIS soll "die westliche Welt bedrohen"; dabei ist erwiesen, dass er von einem Bündnis, das aus westlichen Staaten, der Türkei, Israel, Saudi-Arabien und den Golfstaaten besteht, unterstützt und finanziert wird. Es liegen zahlreiche Beweise dafür vor, dass Al-Qaida und ihre sämtlichen Ableger – einschließlich des Kalifat-Projektes des Islamischen Staates – Geschöpfe westlicher Geheimdienste sind.

Außerdem sind Bombenangriffe auf ein souveränes Land – unabhängig von den dafür vorgebrachten Rechtfertigungen – nach dem Völkerrecht illegale, verbrecherische Handlungen. Sie sind als Angriffskrieg zu werten, der nach dem VI. Nürnberger Prinzip ein Verbrechen gegen den Frieden ist.

Prinzip VI

"Die nachfolgend aufgeführten Verbrechen verstoßen gegen das Völkerrecht:

(a) Verbrechen gegen den Frieden sind:

- (I) die Planung, Vorbereitung, Entfesselung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges, der internationale Verträge, Abmachungen oder Zusicherungen verletzt;
- (II) die Beteiligung an der Planung oder Verabredung eines der unter (I) genannten Verbrechen."

(s. http://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/commentaries/7_1_1950.pdf)

Auch nach Art 2 Absatz 4 der UN-Charta (s. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>) ist der Angriffskrieg ein Verbrechen:

"Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."

Weder das VI. Nürnberger Prinzip, noch der Art. 2 der UN-Charta können durch eine von einem oder mehreren ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates eingebrachte Ad-Hoc-Resolution – wie die Resolution 2249, mit der das militärische Eingreifen gerechtfertigt werden soll – außer Kraft gesetzt werden.

"Selbstverteidigung"

Das westliche Militärbündnis versucht die Bombardierung Syriens mit dem "Recht auf Selbstverteidigung" zu begründen, indem es behauptet, "aus dem Ausland angegriffen" zu werden. Ein Anschlag von ISIL-Terroristen ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer "Kriegshandlung" eines anderen Staates, wie sie im Völkerrecht definiert ist.

Seltsamerweise hat sich die französische Regierung schon zwei Monate vor dem Terroranschlag am 13. November auf das "Recht zur Selbstverteidigung" berufen. Frankreichs Außenminister Laurent Fabius sagte damals: "Wegen dieser Bedrohung [durch den ISIL] haben wir uns dazu entschlossen, Aufklärungsflüge über Syrien durchzuführen, um Ziele für Luftangriffe zu haben, falls diese notwendig werden sollten. Das geschieht zur Selbstverteidigung." [s. <https://www.rt.com/news/316163-france-bomb-syria-defense/>]

Die USA, Frankreich und Großbritannien haben Syrien angegriffen. Sie können sich deshalb keinesfalls auf das "Recht zur Selbstverteidigung" berufen. Syrien hingegen wird von ausländischen Staaten angegriffen und hat sehr wohl das "Recht zur Selbstverteidigung", das ihm Art. 51 der UN-Charta zubilligt:

Artikel 51

"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. ..."

Die Kriminalisierung der parlamentarischen Demokratie

Die britische Cameron-Regierung hat sich die Beteiligung am Angriffskrieg gegen Syrien vom Unterhauses genehmigen lassen.

Die Rechtfertigung für den Krieg gegen Syrien beruht auf einer faustdicken Lüge des Premierministers Cameron, der behauptet hat, der ISIL plane auch tödliche Anschläge gegen Briten und entscheide darüber in der Stadt Raqqa im Norden Syriens. Auch Cameron weiß, dass der ISIL von den USA, der NATO und besonders von der Türkei und Saudi-Arabien unterstützt wird. Seine politische Begründung erinnert fatal an George W. Bush, dessen Regierung behauptet hat, die Terroranschläge, die 2001 in den USA verübt wurden, seien in Osama bin Ladens Hauptquartier in einer Höhle im Tora-Bora-Massiv in Afghanistan (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Tora-Bora>) geplant worden.

Am 02.12.15 sagte Premierminister Cameron in seiner Rede vor dem Unterhaus (s. <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm201516/cmhansrd/cm151202/debtext/151202-0001.htm#15120254000002>):

"Das Unterhaus muss sich heute mit der Frage beschäftigen, wie wir die Bürger Großbritanniens vor der Bedrohung schützen können, die vom ISIL ausgeht.

... der [ISIL] hat auch Gräueltaten in unseren Straßen geplant. Seit November letzten Jahres haben unsere Sicherheitsbehörden nicht weniger als sieben geplante Anschläge auf britische Bürger vereitelt, diese Bedrohung besteht also tatsächlich. Deshalb stehen wir vor der Frage, ob wir gemeinsam mit unseren Verbündeten etwas gegen diese Bedrohung tun sollen, indem wir die Terroristen, die Anschläge auf britische Bürger pla-

nen, in ihren Schlupfwinkeln ausräuchern, oder ob wir uns nur zurücklehnen und tatenlos warten, bis sie uns anzugreifen? ...

Paris hat uns nicht nur deshalb aufgeschreckt, weil es uns so nah ist und weil es so viele Opfer gab; es hat auch gezeigt, dass der Daesh (s. dazu auch <http://www.sueddeutsche.de/politik/terrororganisation-warum-der-name-daesch-den-islamischen-staat-aerger-1.2745175>) die Terrorakte in Syrien plant und die Attentäter, die sie ausführen, dann von Syrien nach Europa schickt.

Der Kopf der Schlange, der für den Anschlag verantwortlich ist, sitzt also in Raqqa.

Deshalb überrascht es mich nicht, dass nach Meinung des Vorsitzenden des Geheimdienstsausschusses und des Generaldirektors des Sicherheitsdienstes solche Anschläge auch im Vereinigten Königreich drohen, weil wir ebenfalls auf der Zielliste des ISIL stehen. ...

Die Maßnahmen, die wir vorhaben, sind legal und notwendig, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten."

Allen Abgeordneten des Unterhauses war klar, dass Premierminister Cameron gelungen hat und dass die Bombenangriffe völkerrechtswidrig sind. Trotzdem hat das Unterhaus am 02.12.15 folgenden Antrag beschlossen:

"Das Haus stellt fest, dass der ISIL eine direkte Bedrohung für das Vereinigte Königreich ist; es begrüßt die Resolution 2249 des UN-Sicherheitsrates, der zu entnehmen ist, dass der ISIL 'eine beispiellose Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellt', und in der die Staaten aufgefordert werden, 'alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen', um 'Terrorakte des ISIL zu verhindern' und 'die sicheren Schlupfwinkel zu beseitigen, die er in Gebieten des Iraks und Syriens errichtet hat'; es stellt außerdem fest, dass es in der UN-Charta eine klare Rechtsgrundlage für die Verteidigung unseres Landes und unserer Verbündeten gibt und die Militäraktion gegen den ISIL nur eine Komponente einer umfassenderen Strategie ist, die Frieden und Stabilität nach Syrien bringen soll. Es begrüßt die wieder aufgenommenen Gespräche in Wien, in denen ein Waffenstillstand und eine politische Lösung ausgehandelt werden sollen. Es unterstützt die andauernden Bemühungen der Regierung, syrischen Flüchtlingen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und unterstreicht die Bedeutung der Planungen für die Stabilisierung und den Wiederaufbau Syriens nach Beendigung des Konflikts. Das Unterhaus unterstützt die Absicht der Regierung, die Versorgung des ISIL mit Geld, Waffen und Kämpfern zu unterbinden und stimmt der Forderung Frankreichs, der USA und der regionalen Verbündeten nach militärischer Unterstützung durch das Vereinigte Königreich zu. Es erkennt an, wie wichtig es ist, zivile Verluste zu vermeiden und unsere besonderen Fähigkeiten einzusetzen. Es begrüßt, dass die Regierung keine Bodentruppen nach Syrien entsenden will, und die Bereitschaft der Regierung, dem Unterhaus vierteljährlich über erzielte Fortschritte zu berichten. Das Unterhaus stimmt deshalb den von der Regierung geplanten Militäraktionen zu – insbesondere den Luftangriffen gegen den ISIL in Syrien – und sichert den bewaffneten Streitkräften Ihrer Majestät seine volle Unterstützung zu."

Die Legalisierung und demokratische Legitimierung von Verbrechen

Auch die Billigung der Bombenangriffe auf Syrien durch eine Mehrheit des britischen Unterhauses macht diese nicht legal. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg kann auch dadurch nicht in ein Instrument zur Sicherung des Friedens und der Demokratie umgewandelt werden.

Ein Verbrechen bleibt auch dann ein Verbrechen, wenn es von einem demokratisch gewählten Parlament gutgeheißen wird. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die Abgeordneten, die dem verbrecherischen Antrag Camerons eine Mehrheit verschafften, damit auch die parlamentarische Entscheidungsfindung kriminalisiert haben.

Die Verantwortung für die in Syrien begangenen Kriegsverbrechen hat jetzt nicht mehr die Regierung Ihrer Majestät allein zu tragen: Weil das Parlament das Kriegsverbrechen gebilligt hat, wurde de facto auch die parlamentarische Demokratie kriminalisiert. Jede/r Abgeordnete, die/der für die Bombenangriffe gestimmt hat, ist nach dem Völkerrecht dadurch zum/zur Kriegsverbrecher/in geworden.

Der "humanitären" Bombardierung Syriens, die schon unzählige zivile Opfer gefordert hat und weitere fordern wird, haben auch die Parlamente Frankreichs und Deutschlands zugestimmt.

Es geht also eigentlich um die Kriminalisierung der demokratischen Strukturen ganzer Staaten.

Deshalb ist Tony Blair nicht der einzige Kriegsverbrecher, der angeklagt werden müsste, auch Premierminister David Cameron, der französische Präsident Francois Hollande und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel gehören auf die Anklagebank. Und alle Parlamentarier, die einer Maßnahme zugestimmt haben, die nach dem VI. Nürnberger Prinzip ein Angriffskrieg ist, sind ebenfalls Kriegsverbrecher. Nicht nur das Beschlussverfahren wurde in mehreren EU-Staaten kriminalisiert, sondern der gesamte Staatsapparat.

Wenn die Judikative (der genannten Staaten) die völkerrechtswidrigen Angriffe gegen ein souveränes Land nicht per Gerichtsentscheid untersagt, hat auch sie sich kriminalisieren lassen.

(Wir haben den Artikel, dessen Aussagen analog auch für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die deutsche Justiz gelten, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Wie unter <http://www.seniora.org/de/politik-wirtschaft/deutschland/800-strafanzeige-gegen-alle-mitglieder-des-deutschen-bundestages-regierungsmitglieder-eingeschlossen-die-am-04-12-2015-fuer-den-bundeswehr-einsatz-in-syrien-gestimmt-haben> nachzulesen ist, läuft inzwischen eine entsprechende Strafanzeige. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über ihn sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Michel_Chossudovsky . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Criminalization of Parliamentary Democracy

By Prof Michel Chossudovsky
December 11, 2015

Syria is being bombed as part of a "counter-terrorism campaign" allegedly against the Islamic State, an elusive "outside enemy" based in Raqqa, Northern Syria.

While the ISIL is said to be "threatening the Western World", the evidence confirms that the Islamic State is supported and financed by the Western military alliance, together with

Turkey, Israel, Saudi Arabia and the Gulf states. Amply documented, Al Qaeda and its various affiliates including the Islamic State Caliphate Project are creations of Western intelligence.

Moreover, whatever the justification, the bombing of a sovereign country is an illegal and criminal act under international law. It constitutes a war of aggression, namely a crime against the peace under Nuremberg (Principle VI):

PRINCIPLE VI

The crimes hereinafter set out are punishable as crimes under international law:

a. Crimes against peace:

(i) Planning, preparation, initiation or waging of a war of aggression or a war in violation of international treaties, agreements or assurances;

(s. http://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/commentaries/7_1_1950.pdf)

It is also defined as an illegal act under Article 2, paragraph 4 of the UN Charter:

“All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.”

What is important to underscore is that neither Nuremberg Principle VI, nor Article 2 of the UN Charter can be overridden by an ad hoc resolution of the United Nations Security Council put forth by one or more permanent members of the Security Council (e.g. UNSC Resolution 2249) with a view to justifying an act of military aggression.

“Self Defense”

In bombing Syria, the Western military alliance claims the right to “self-defense”: our countries are “being attacked from abroad”. An alleged ISIL terrorist attack, however, is not tantamount to “an act of war” by a foreign power as defined under international law.

Ironically, this fake pretext of “self defense” invoked by several EU member states, was claimed by the French government two months prior to the Paris November 13th terrorist attack. In the words of France’s Foreign Minister Laurent Fabius ...” Due to this threat [ISIL] we decided to start reconnaissance flights to have the option for airstrikes, if that would be necessary. This is self-defense,” (quoted by RT, September 23, 2015, emphasis added)

The US, France, Britain are the aggressor nations against Syria. They cannot under any circumstances invoke the Right of Self-defense. In contrast, Syria is the victim of foreign aggression and has the Right to Self-defense under Article 51 of the UN Charter which states that:

“Nothing in the present Charter shall impair the inherent right of collective or individual self-defence if an armed attack occurs against a member of the United Nations” ,

The Criminalization of Parliamentary Democracy

Britain’s Cameron government has sought to justify an outright act of war by seeking the endorsement of the House of Commons.

The justification to wage war on Syria is a Big Lie, it borders on the absurd. Prime Minister Cameron claims that the ISIL plots “to kill the British People” are decided in Raqqa, Northern Syria by an entity which just so happens to be supported (covertly) by the US, NATO, not to mention Turkey and Saudi Arabia. This political narrative sounds strangely familiar. As we recall, the George W. Bush administration had intimated that the terrorist attacks in 2001 against America had been coordinated out of Osama bin Laden’s headquarters in the Tora Bora mountain caves of Afghanistan.

According to Prime Minister Cameron:

“ The question before the House today is how we keep the British people safe from the threat posed by Isis.

... they [ISIL] have plotted atrocities on the streets here at home. Since November last year our security services have foiled no fewer than seven different plots against our people, so this threat is very real. The question is this: do we work with our allies to degrade and destroy this threat, and do we go after these terrorists in their heartlands, from where they are plotting to kill British people, or do we sit back and wait for them to attack us?...

Paris wasn’t just different because it was so close to us, or because it was so horrific in scale; as different because it showed the extent of terror planning from Daesh in Syria and the approach of sending people back from Syria to Europe.

This was if you like, the head of the snake in Raqqa in action.

So it’s not surprising in my view that the judgement of the Chair of the Joint Intelligence Committee and the judgement of the Director General of the Security Service is that the risk of a similar attack in the UK is real and that that the UK is already in the top tier of countries on Isis’s target list. ...

The action we propose to take is legal, it is necessary and it is the right thing to do to keep our country safe.

(David Cameron’s speech to the House of Commons, Hansard, December 2, 2015, emphasis added)

Motion for debate

MPs debated the following motion:

“That this House notes that ISIL poses a direct threat to the United Kingdom; welcomes United Nations Security Council Resolution 2249 which determines that ISIL constitutes an ‘unprecedented threat to international peace and security’ and calls on states to take ‘all necessary measures’ to prevent terrorist acts by ISIL and to ‘eradicate the safe haven they have established over significant parts of Iraq and Syria’; further notes the clear legal basis to defend the UK and our allies in accordance with the UN Charter; notes that military action against ISIL is only one component of a broader strategy to bring peace and stability to Syria; welcomes the renewed impetus behind the Vienna talks on a ceasefire and political settlement; welcomes the Government’s continuing commitment to providing humanitarian support to Syrian refugees; underlines the importance of planning for post-conflict stabilisation and reconstruction in Syria; welcomes the Government’s continued determination to cut ISIL’s sources of finance, fighters and weapons; notes the requests from France, the US and regional allies for UK military assistance; acknowledges the importance of seeking to avoid civilian casualties, using the UK’s particular capabilities; notes the Government will not deploy UK troops in ground combat operations; welcomes the Government’s commitment to provide quarterly progress reports to the House; and accordingly supports Her Majesty’s Government in taking military action, specifically airstrikes, exclusively against ISIL in Syria; and offers its wholehearted support to Her Majesty’s Armed Forces .”

Members of Parliament on both sides of the House are fully aware that Prime Minister Cameron is a liar and that the bombing raids ARE ILLEGAL UNDER INTERNATIONAL LAW. But those lies are now endorsed by the House of Commons in a historic vote.

The text of the motion is as follows (December 2, 2015, Hansard)

Making a Criminal Act “Legal” and “Democratic”

Endorsement of an illegal and criminal act of war by a majority parliamentary vote in the British House of Commons does not in any way

“make it legal” to bomb Syria. Whatever the pretext, a war of aggression cannot be upheld as an instrument of peacemaking and democracy.

A criminal act endorsed by a democratically elected legislature remains a criminal act. Nonetheless, what should be emphasized is that the parliamentary vote in favour of Cameron’s motion modifies the criminal nature of the decision-making process.

Responsibility for war crimes committed against Syria no longer rests solely with Her Majesty’s government: A criminal act of war endorsed by the legislature ultimately signifies the de facto criminalization of parliamentary democracy. Each and every member of parliament who voted in favor of the bombing raids is a war criminal under international law.

The “humanitarian” bombing campaign against Syria which has resulted in countless civilian deaths has been endorsed by the legislature in Britain, as well as in France and Germany.

What we are dealing with is the criminalization of the State.

In retrospect, Tony Blair is not the only war criminal on the block, neither are Prime Minister David Cameron, France’s President Francois Hollande and Germany’s Chancellor Angela Merkel. Those who within the national legislature uphold the conduct of wars of aggression (as defined under Nuremberg, Principle VI) are also war criminals. The legislative process in several EU countries has become criminalized. The state apparatus is criminalized.

Inasmuch as The Judiciary upholds the legitimacy of a national government’s decision to wage air strikes directed against a sovereign country, the judicial system is also criminalized.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern